

Das Defizit im Wiener Gemeindehaushalt.

Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 weist ein Defizit von 27 Millionen Kronen auf. Der Obmännerkonferenz wurde am Freitag eine Rohbilanz vorgelegt, die dieses wenig erfreuliche Ergebnis der Verwaltungskunst der gegenwärtigen Gemeinderatsmajorität darlief. Gleichzeitig wurden ihr die Bedeckungsvorschläge mitgeteilt. Das Defizit soll durch Heranziehung der Klassenbestände im Betrag von 17 Millionen Kronen gedeckt werden; die Bedeckung für die verbleibenden 10 Millionen Kronen soll in einer Erhöhung des elektrischen Lichtpreises um 20 Prozent, in einer Erhöhung des Preises für elektrische Energie um 15 Prozent, in einer Erhöhung des Leuchtgases um zwei Heller für den Kubikmeter (das ist von 17 auf 19 Heller) und schließlich in einer Erhöhung des Straßenbahntarifs gefunden werden. Die Preiserhöhung der Straßenbahntarife soll sich in der Form eines Einheitsstarifs vollziehen.

Das Defizit überrascht nicht. Die Obrigkeit trieb schon Jahre hindurch darauf hin und die Sozialdemokraten haben im Gemeinderat immer darauf hingewiesen, daß ein Zustand in dem die finanzielle Lage des Stadthaushalts durch die Vorgewirtschaft, durch Klassenrevirements bedenklicher Art und durch Schiebungen präliminierter Posten verschleiert wird, unhaltbar sei. Von Jahr zu Jahr wurden die Klassenbestände in stets steigendem Maße zur Deckung des Defizits herangezogen, wurden Rücklagen zu Erneuerungszwecken angegriffen und für andere Zwecke, als sie bestimmt waren, verwendet. Nun all diese Kunststücke nicht hinreichen, wird das Defizit, allerdings noch nicht in vollem Umfang, einbekannt. Wohl konnte es verurteilt werden. Die Straßenbahn wurde ausgebaut, neues Baugelände erschlossen, das durch neue Straßenzüge im Wert gesteigert wurde. Die Gemeinde wendete, um das Stadtgebiet zu erweitern, viel Geld zu Investitionen auf. Die Sozialdemokraten verlangten schon unter Dr. Lueger die Einführung der Wertzuwachssteuer, aber sie stießen auf taube Ohren. Die Baugrundspekulation wucherte empor und die Gemeinde hatte das Nachsehen. Große Einkünfte gingen für die Gemeinde dadurch verloren. Die Straßenbahntarife wurden erhöht. Unmittelbar nach der letzten Erhöhung war die Einführung des Einheitsstarifs, der die 16 Heller-Fahrscheine um vier Heller erhöht, die 22 Heller-Fahrscheine um zwei Heller ermäßigt, in Aussicht genommen; wurde doch schon mit der Drucklegung der Fahrscheine bereits begonnen. Nun werden neben dieser Tarifverteuerung auch Änderungen in den Tarifgebieten eintreten, die erst genau überprüft werden müssen, um zu erkennen, ob nicht der 30 Heller-Tarif eine Ausdehnung erfährt und dadurch eine weitere Verteuerung des Fahrpreises eintritt. Die Fahrten vom Betriebsbeginn bis 7 Uhr 30 Minuten morgens sollen um zwei Heller, von zwölf auf vierzehn Heller erhöht werden. Die Direktion der Straßenbahnen rechnet einen Verlust bei dem Werktagsfrühverkehr heraus, weshalb ihrer Ansicht nach die Erhöhung eine Notwendigkeit sei. Dann mache auch die Erhöhung des 16 Heller-Fahrpreises auf 20 Heller, weil sonst der Preisunterschied zu hoch wäre, die Erhöhung der Preise beim Frühverkehr zur „Notwendigkeit“; Die Obmännerkonferenz hat die Vorschläge vorläufig zur Kenntnis genommen, ohne daß die Parteivertreter irgend eine Erklärung über ihren Inhalt ausgegeben hätten.

Die sogenannten direkten Steuern sollen in gleicher Höhe eingehoben werden; es ist bei manchen nicht ohne sehr bedenklichen Verfassungsverstoß möglich. Die kommunale Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten ist ein Landesgesetz; sie soll nun ohne Gesetz verlängert werden. Die Wertzuwachssteuer, voriges Jahr eingeführt, basiert überhaupt nur auf einem „genehmigten“ Landesausschußbeschlusse; es könnte ihre Rechtsgültigkeit beim Verwaltungsgerichtshof unsicher angefochten werden. Die Unmöglichkeit eines Zustandes, in dem die verfassungsmäßige Vertretung des Landes nicht besteht, wird immer sichtbar. Aber auch das wird sichtbar, daß die auf dem Wahlrecht aufgebaute Gemeindevertretung unfähig ist, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr die Gegenwart stellt. Schlagend beweist das die Tatsache, daß die gegenwärtige Gemeinderatsmajorität das Gleichgewicht im Stadthaushalt immer wieder nur dadurch herbeizuführen sucht, daß sie den Verkehr ständig verteuert.